

Antrag Nr. 18-F-08-0035

L&P

Betreff:

Beziehung zwischen Oberbürgermeister Gerich und der Unternehmerfamilie Kuffler
- Antrag von L&P vom 06.06.2018 -

Antragstext:

„Für einen Rechtsstaat ist die Integrität der öffentlichen Verwaltung von zentraler Wichtigkeit. Korruption kann große Schäden anrichten und beeinträchtigt empfindlich das Ansehen des Staates.“ So heißt es im Vorwort des Handbuch Korruptionsprävention der LHW.

Wenn das System versagt, können uns nur noch „Whistleblower“ schützen.

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden erwartet von allen Dezernenten die Einhaltung der Regeln zur Korruptionsprävention. Ihr Handeln ist Vorbild für Ämter, Betriebe und Gesellschaften.

Der Verhaltenskodex verpflichtet zu einer strikten Trennung zwischen dienstlichen und privaten Interessen. Bei ersten Anzeichen einer Korruptionsanbahnung ist unmissverständlich zu verstehen zu geben, dass sich die Entscheidungsfreiheit nicht mit Zuwendungen oder Versprechungen beeinflussen lässt. Bei Verdachtsmomenten ist die Antikorruptionsbeauftragte zu informieren. Sie ist weisungsunabhängig. Maßgeblich für ihr Handeln ist das "Verfahren zur Feststellung und Verfolgung bei Pflichtverletzungen und Unregelmäßigkeiten".

Das Revisionsamt hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrages auf korruptionsgefährdete Sachverhalte zu achten, diese zu beschreiben und gemeinsam mit der Antikorruptionsbeauftragten die erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Dienstliche Erklärungen der an Vergaben beteiligten Mitarbeiter können im weiteren Verlauf erforderlich werden. Zum jetzigen Zeitpunkt lehnt unsere Fraktion diese ab.

Der Revisionsausschuss wolle beschließen,

1. Die Antikorruptionsbeauftragte möge über die Anforderungen an Dezernenten, bisherige Erkenntnisse und das weitere Vorgehen berichten.
2. Das Revisionsamt möge über die bisherigen Erkenntnisse und das weitere Vorgehen berichten.
3. Für unbeantwortete Fragen ist ein Fragenkatalog zu erstellen.
4. Aufgrund der öffentlichen Stellungnahme des Oberbürgermeisters soll - soweit keine gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen - öffentlich berichtet werden.

Wiesbaden, 07.06.2018

gez. Jörg Sobek
Stadtverordneter

f.d.R. Bernd Fachinger
Fraktionsassistent